

Prüfungsrichtlinie des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
für die Prüfung der Jahresabschlüsse der Thüringer Industrie- und Handelskammern

Vom 30. Mai 2023

Aufgrund des § 11 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Nr. 7 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 2021 (BGBl. I S. 3306) und § 6 Abs. 1 und 2 des Thüringer Ausführungsgesetzes zum Gesetz zur vorläufigen Regelung der Industrie- und Handelskammern vom 7. Dezember 1993 (GVBl. S. 757), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. April 2019 (GVBl. S. 61) werden folgende Grundsätze für die Prüfung der Jahresabschlüsse der Thüringer Industrie- und Handelskammern aufgestellt:

Vorbemerkung

Es ist eine zentrale Aufgabe der Jahresabschlussprüfung, die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung der Industrie- und Handelskammern abzusichern. Die externe Prüfung des Jahresabschlusses der Industrie- und Handelskammern dient auch dem Ziel, den Organen der Kammern eine fachlich fundierte Bewertung über die Aussagekraft des Jahresabschlusses und des Lageberichts und weiterer Unterlagen zu Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage ihrer Kammer bereitzustellen. Zugleich weist der Prüfungsbericht auf wesentliche Risiken oder Fehlentwicklungen hin und beinhaltet damit eine gewichtige Grundlage für die Entscheidungen der Gremien und für die weitere Kammerarbeit.

1. Prüfungsberechtigte Stellen

Prüfungsberechtigte Stellen sind eingetragene Abschlussprüfer im Sinne des § 319 HGB und die Rechnungsprüfungsstelle für die Industrie- und Handelskammern, welche auf der Grundlage der Satzung der Rechnungsprüfungsstelle, beschlossen durch die Deutsche Industrie- und Handelskammer am 24. Januar 2023, in der jeweils geltenden Fassung, tätig wird.

2. Zeitpunkt der Prüfung

Der Jahresabschluss einer Industrie- und Handelskammer ist jährlich in dem auf das Geschäftsjahr folgenden Kalenderjahr durch eine prüfungsberechtigte Stelle zu prüfen.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand und Umfang der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts bestimmen sich in sinngemäßer Anwendung der §§ 316 ff. HGB und der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung. Die Prüfung hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die Grundsätze des staatlichen Haushaltsrechts gemäß dem Finanzstatut (vgl. § 3 Abs. 7 a Satz 2 IHKG) einschließlich der dazu gefassten Richtlinien, insbesondere die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gemäß § 7 ThürLHO sowie die übrige Anwendung des § 105 Abs. 1 ThürLHO, beachtet wurden. Sie erstreckt sich weiter auf die Wirtschaftsführung und die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung einschließlich der Beachtung personalwirtschaftlicher Grundsätze. In entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG ist ferner die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen und über die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte zu berichten. Die Berichterstattung erfolgt sinngemäß nach IDW PS 720 in der Fassung der Anlage zur Prüfung nach § 53 HGrG und ist dem Prüfbericht beizufügen.

4. Prüfungsdurchführung

Den Beginn und den zeitlichen Ablauf der Prüfung vereinbart die prüfende Stelle rechtzeitig mit der zu prüfenden Industrie- und Handelskammer.

Die Prüfung erfolgt grundsätzlich in Stichproben. Die prüfende Stelle kann unabhängig von Prüfungsschwerpunkten der Rechtsaufsicht bzw. der Kammern auch eigene Prüfungsschwerpunkte setzen. Ergeben sich Anhaltspunkte für Verstöße oder Fehler, so sind die Prüfungshandlungen auszudehnen.

Die Abschlussprüfung kann als vorgezogene Teilprüfung im zu prüfenden Geschäftsjahr und nach Erstellung des Jahresabschlusses im Rahmen der Hauptprüfung erfolgen. Die Prüfung erfolgt grundsätzlich in den Räumen der IHK. Es ist zulässig, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit folgend, Teile der Prüfung in den Räumen der prüfenden Stelle durchzuführen.

Hinsichtlich der Vorlagepflicht und des Auskunftsrechtes, des Prüfungsberichts und des Bestätigungsvermerks gelten die Vorschriften der Finanzstatute und sinngemäß die §§ 320, 321 und 322 des Handelsgesetzbuches. Die Berichterstattung erfolgt hinsichtlich Gliederung und Aufbau unter sinngemäßer Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen gemäß IDW PS 450 in der jeweils geltenden Fassung.

Unwesentliche Beanstandungen sind im Rahmen der Prüfung unmittelbar zu erledigen.

Der Prüfer ist nicht zu Weisungen und Anordnungen an Kammerbedienstete berechtigt. Er soll ggf. Anregungen und Vorschläge unterbreiten.

Prüfungsergebnisse von erheblicher Bedeutung teilt die prüfende Stelle unverzüglich der zuständigen Aufsicht der Industrie- und Handelskammer mit. Gleiches gilt für wirtschaftlich bedeutsame Sachverhalte.

5. Vollständigkeitserklärung

Die IHK gibt spätestens bis zum Ende der Prüfung eine Vollständigkeitserklärung ab.

6. Schlussbesprechung

Zum Ende der Prüfung hat der die Prüfung leitende Prüfer alle wesentlichen Punkte, die für die Bildung eines Gesamturteils über die Prüfung und für die Aufnahme in den Prüfungsbericht in Betracht kommen, in einer Schlussbesprechung der Industrie- und Handelskammer vorzutragen und zu erläutern. Der Hauptgeschäftsführer und, sofern gesondert bestellt, ein Beauftragter für die Wirtschaftsführung, haben an der Schlussbesprechung teilzunehmen. Der Präsident der Kammer ist zur Teilnahme an der Schlussbesprechung verpflichtet, wenn durch die prüfende Stelle Feststellungen zu treffen sind, die den Bestätigungsvermerk tangieren oder von besonderer Bedeutung sind und der gleichzeitigen, unmittelbaren Unterrichtung beider Organe bedürfen. Davon unberührt bleibt das Recht des Präsidenten zur Teilnahme. Die Ehrenamtlichen Rechnungsprüfer sollen an der Schlussbesprechung teilnehmen. Die Aufsicht über die IHK ist berechtigt, an der Schlussbesprechung teilzunehmen. Über die Schlussbesprechung ist ein Ergebnisprotokoll zu fertigen.

7. Prüfungsbericht

Die prüfende Stelle legt den Prüfungsbericht unverzüglich der Aufsichtsbehörde (in einfacher Ausfertigung und zusätzlich verschlüsselt in elektronischer Form) sowie der Industrie- und Handelskammer vor. Die Aufsichtsbehörde übersendet den Prüfungsbericht an den Thüringer Rechnungshof.

Dabei ist zu beachten, dass der Bericht nicht später als der Bestätigungsvermerk vorgelegt wird und im Falle noch ausstehender Vollversammlungsgenehmigungen ein Bestätigungsvermerk nur unter dem Vorbehalt späterer Genehmigung der Vollversammlung ausgestellt wird.

Im Prüfbericht ist ferner darzulegen, inwieweit und aus welchen Gründen Feststellungen früherer Prüfungsberichte noch unerledigt sind.

8. Inkrafttreten

Die vorstehende Richtlinie gilt für die Prüfung der Jahresabschlüsse ab dem Geschäftsjahr 2023 und tritt am Tage nach der Verkündung im Thüringer Staatsanzeiger in Kraft. Die Richtlinie ist befristet bis zum 31.12.2028.

Erfurt, den 30. Mai 2023

Carsten Feller
Staatssekretär
Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
Erfurt, 30. Mai 2023
Az.: 1050-R3.2-3403/2-2-26403/2023